

ftd.de, Mo, 15.11.2004, 11:38

SPD und Grüne gegen Deutschpflicht in Moscheen

Politiker verschiedener Parteien haben eine stärkere Integration von Muslimen in Deutschland gefordert. SPD und Grüne wiesen jedoch die Forderung der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Annette Schavan zurück, Imame zu Predigten in deutscher Sprache zu verpflichten.

Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Annette Schavan fordert Predigten auf Deutsch

Die Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD) nannte die Forderung in der "Berliner Zeitung" hochgefährlich. "Wir können nicht jeden als Hetzer und Krawallmacher verdächtigen, nur weil er auf Arabisch predigt", sagte sie. "Das treibt uns weiter in die Konfrontation und gefährdet unsere Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben." Der allergrößte Teil der drei Millionen in Deutschland lebenden Muslime sei friedlich und integrationswillig.

Die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth nannte die Forderung Schavans "nicht umsetzbar". Allerdings müssten Imame an deutschen Universitäten ausgebildet werden, und der Islam-Unterricht an deutschen Schulen müsse in deutscher Sprache erteilt werden, sagte Roth in der ARD-Sendung "Sabine Christiansen".

Tausende Menschen trauerten in Amsterdam um den ermordeten Filmemacher Theo van Gogh

Seit der Ermordung des Film-Regisseurs und Islamkritikers Theo van Gogh am 2. November durch einen mutmaßlichen islamistischen Extremisten sind in den Niederlanden Moscheen und Koranschulen sowie einige christliche Kirchen durch Brandanschläge schwer beschädigt worden. Das hat in Deutschland die Islamisten-Debatte neu angefacht.

Beck: "Die Forderung ist völlig überzogen"

Der Grünen-Innenpolitiker Volker Beck erinnerte daran, dass auch in einigen christlichen Kirchen in Deutschland nicht in deutscher Sprache gepredigt werde, beispielsweise in der russisch-orthodoxen Kirche. "Die Forderung Schavans ist völlig überzogen", sagte er der "Berliner Zeitung". Beck regt stattdessen an, an deutschen Hochschulen islamische Theologen auszubilden. Zudem verlangte er mehr Anstrengungen zur Integration. Wichtige Voraussetzung dafür sei das Beherrschen der deutschen Sprache.

Bundesinnenminister Otto Schily sieht die Gefahr islamistischer Gewalt in Deutschland

Bundesinnenminister Otto Schily sagte, er sehe "durchaus" auch in

Deutschland die Gefahr islamistischer Gewalt. Trotz "enormer Integrationserfolge" bei Ausländern in den vergangenen Jahrzehnten gebe es "immer noch Spannungen und Konfliktfelder. Um die müssen wir uns kümmern", sagte Schily am Sonntagabend im ZDF.

Das Zuwanderungsgesetz, das am 1. Januar in Kraft tritt, sei "ein Einstieg in eine systematische Integrationspolitik. Dem muss aber noch mehr folgen." Bei den friedliebenden Muslimen sei erfreulicherweise "einiges in Gang gekommen", was ihre Beteiligung am Kampf gegen Extremismus und Terrorismus betreffe.

"Es gibt viel Unfug in den Moscheen"

"Ich halte nicht viel davon vorzuschreiben, in welcher Sprache Gottesdienste abgehalten werden sollen", sagte der Vorsitzende des Bundesausländerbeirates, Memet Kilic. Dies würde auch bei anderen Religionsgemeinschaften wie jüdischen oder russisch-orthodoxen nicht eingefordert - Sprache gehöre zum Ritus.

"Man könnte eine Abschrift der Predigt fordern", sagte Kilic. Besser aber wäre, wenn in deutschen Sicherheitsorganen mehr zweisprachige Mitarbeiter direkt die Aussagen verfolgen könnten. "Es gibt viel Unfug in den Moscheen, das wissen wir schon." Imame gäben sich offiziell zudem oft anders als unter Ihresgleichen, "das sollte besser beobachtet werden", sagte der aus der Türkei stammende Kilic. Er rief alle in Deutschland lebenden Ausländer auf, an ihrer Integration im Sinne der guten Bildung und Ausbildung ihrer Kinder aktiv mitzuarbeiten.

"Unzufriedenheit ist Nährboden für Konflikte"

Der Jurist nannte Unzufriedenheit als begünstigenden Faktor möglicher Konflikte zwischen Muslimen und Christen auch in Deutschland. "In den Niederlanden liegt die Arbeitslosigkeit bei vier Prozent - unter den Ausländern allerdings bei 20", sagte der am Wochenende in Mainz wiedergewählte Kilic am Montag der dpa. In vielen deutschen Städten sehe es nicht viel anders aus.

Eine "gemeinsame Identifikation" brauchen Deutsche und Ausländer auch nach Einschätzung des Vorsitzenden des deutsch-türkischen Forums, Bülent Arslan. Man müsse auch hier zu Lande "aufpassen und handeln", auch wenn der Anteil der radikalen Muslime in Deutschland relativ gering sei. Alle Lehrer des Islam kämen aus anderen Ländern. Deshalb sei eine entsprechende Fakultät in Deutschland nötig.

Laut Bayerns Innenminister Günther Beckstein gibt es einige wenige gewaltbereite Muslime

Nach Angaben des bayerischen Innenministers Günther Beckstein gibt es in Deutschland einige wenige Tausend gewaltbereite Muslime. "Es gibt aber keine einzige ganz konkrete Erkenntnis, dass morgen oder nächste Woche zu einem bestimmten Zeitpunkt eine ganz bestimmte islamistische Straftat geplant ist", sagte der CSU-Politiker bei "Sabine Christiansen".